



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

März 2019

Schulstreik für das Klima:

Das nächste Mal am 15. März, 15h, Hachmannplatz *Foto vom 1.3.: J. Holst*



Redaktionsschluss für die April-Ausgabe:
Sonntag, 31.03.2019

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Einladung, Wahlbüro	S. 2
Termine	S. 3
Tarifeinigung für ÖD der Länder	S. 4
Wohnungspolitik in Wilhelmsburg	S. 5
Aufruf Ostermarsch	S. 6
Stadt für alle, Initiativentreffen	S. 7
Termine / Kontakt	S. ..8

Bezirksmitgliederversammlung am 16. März

Liebe GenossInnen,
wir möchten euch herzlich einladen zur:
Bezirksmitgliederversammlung
am Samstag 16.3.2019, 15.30 - 19.30 Uhr
im Kulturpalast Billstedt
Öjendorfer Weg 30a, 22119 Hamburg.

Top 1

Konstituierung

Top 2

Nachwahl zum Bezirksvorstand

1 weibliches und 1 männliches Vorstandsmitglied
Auf Grund des Ausscheidens/Rücktritt eines männlichen und eines weiblichen Bezirksvorstandsmitglieds ist es notwendig geworden, diese

beiden vakanten Plätze neu zu besetzen und eine Nachwahl durchzuführen

Top 3

Nachwahlen weiblicher Ersatzdelegierter zum Landesparteitag

Durch das Ausscheiden von zwei weiblichen Ersatzdelegierten ist es notwendig geworden, eine Nachwahl durchzuführen, da ansonsten, wenn Delegierte nicht teilnehmen können, es keine weiblichen Ersatzdelegierten gibt

Top 4

Verschiedenes

Theresa Jakob

Die schriftliche Einladung erhaltet ihr per Post

Wahlbüro und Rotes Frühstück

Liebe GenossInnen,
wie ihr der Terminankündigung entnehmen konntet findet das "Wahlbüro" jeden Freitag um 19.00 Uhr im Büro Borgfelder Str. 83 statt.

Wir machen euch dieses Angebot, weil nicht immer alle Kandidierenden und VertreterInnen aus den BOen Zeit haben und um auf Aktuelles schnell reagieren zu können.

Im Augenblick dreht es sich naturgemäß noch sehr viel um Wahlkreisflyer, etc.

Dies wird im Verlauf des Wahlkampfes nicht so bleiben - sondern wir werden uns mehr über Infostände, Veranstaltungen, etc. austauschen und abstimmen.

Die TO wird immer auf der Sitzung um Tagesaktuelles ergänzt werden müssen - ansonsten bleiben die bisherigen Themen immer aktuell:

- wie ist der Sachstand in den Wahlkreisen??

1 – Wahlkreisflyer

2 – Fotos

3 - lokale Büros - Borgfelde, Wilhelmsburg, Billstedt

4 – Plakate

5 - Veranstaltungen

Wir bitten euch alle Infostände, Verteilaktionen, Veranstaltungen, Anfragen von Dritten zur Teilnahme etc. an das Wahlbüro zu melden damit alle aktiven Wahlkämpfer*innen immer auf dem Laufenden sind und gerne auch mal bei den "Nachbarn" in einem anderen Wahlkreis vorbeischauen und unterstützen können.

Des Weiteren bitte wir um Rückmeldung, wer von euch ein Fahrzeug sein Eigen nennt das er/sie nach Absprache und Möglichkeit z.B. für Plakatierung etc. zur Verfügung stellen mag.

Wir danken Robert für sein Engagement, das es möglich macht, jeden Sonntag ab dem 31.3.19 (mit Ausnahme von Ostersonntag) im Büro Borgfelde ein "Rotes Frühstück" von 11.00 bis 12.30 auszurichten.

Theresa

„Rotes Frühstück“

Wir laden Sie in unser
Büro Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg
Sonntag, den 31.03.2019
von 11:00 – 12:30 Uhr

Wir möchten Ihnen die Gelegenheit geben, uns und unsere Arbeit im Stadtteil und im Bezirk Hamburg-Mitte, in lockerer Runde besser kennenzulernen.
Über Ihr Erscheinen freuen wir uns sehr.

Termine, Termine

März 2019

Freitag 8.3.2019
Wahlbüro
19.00 - 21.30
Büro Borgfelder Str. 83

Freitag 15.3.2019
Wahlbüro
19.00 - 21.30
Büro Borgfelder Str. 83

Samstag 16.3.2019
Bezirksmitgliederversammlung
Nachwahl zum Bezirksvorstand
1 weibliches und 1 männliches Vorstandsmitglied
15.30 - 19.30
Kulturpalast Billstedt

Freitag 22.3.2019
Wahlbüro
19.00 - 21.30
Büro Borgfelder Str. 83

Mittwoch 27.3.2019
Veranstaltung der BO Billstedt mit Fabio de Masi, Mehmet Yildiz und Wolfgang Strauß:
„Mehr Geld für die Mehrheit und nicht für Konzerne“; gegen die neoliberale Finanzpolitik auf allen Ebenen
ab 18.30
Kulturpalast Billstedt

Freitag 29.3.2019
Wahlbüro
19.00 - 21.30
Büro Borgfelder Str. 83

ROTES FRÜHSTÜCK

Sonntag, 31.3.2019
11.00 - 12.30
Büro Borgfelder Str. 83

(weitere Termine jeweils Sonntag von 11.00 - 12.30
7.4., 21.4. 28.4. 5.5., 12.5., 19.5.)

April 2019

Sonntag, 28.4.19
15.00 - ??????

Start in die "Heiße Wahlkampfphase"

Büro Borgfelder Str. 83

Mai 2019

25.5.
Abschlussveranstaltung
in Planung

26.5. 2019
Wahltag

Samstag 1.6.19
"After Wahl Brunch"
- 11.00 - 13.00 -
"Barkassenfahrt" ab Landungsbrücken
- Verabschiedung der alten Fraktion
- Begrüßung und Vorstellung der neugewählten Fraktion

Tarifeinigung in den Ländern - fast alle sind zufrieden



Kundgebung auf dem Gänsemarkt, Foto: ver.di Hamburg

Bundesweit bestreikten in den letzten Wochen die Landesbeschäftigten (Hamburg gilt als ein Bundesland) - wechselseitig an einzelnen Tagen u.a. (Hoch-)Schulen, Krankenhäuser, Bibliotheken, Verwaltungen, um Lohnforderungen nach 6 %, mindestens 200 Euro brutto, Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 100 Euro sowie eine Erhöhung der Entgelte in den Pflegeberufen um 300 Euro - bei einer Laufzeit von 12 Monaten durchzusetzen.

In keiner Verhandlungsrunde kam von den Arbeitgebern ein Angebot - nur ein Gejammer, dass die Belastungsgrenzen der öffentlichen Haushalte erreicht wären. Die Gewerkschaften Ver.di, GEW, GdP und Beamtenbund mussten - schrittweise - ihre Forderungen "abarbeiten".

Die Ergebnisse werden in den ersten Auswertungen der KollegInnen - zwiespältig - aufgenommen: Schlecht ist die Laufzeit von 33 Monaten (2 Jahre und 9 Monate) sowie das "Einfrieren" des Weihnachtsgeldes für die nächsten vier Jahre. Die linearen Erhöhungen ab 1.1.19 und 1.1.20 mit jeweils 3.2 % (mindestens 100/90 Euro) und ab 1.1.21 um 1,2 % (mind. 50 Euro) können viele noch akzeptieren. Zusätzlich konnten strukturelle Erhöhungen in den Bereichen Sozial- und Erziehungsdienst, den angestellten Lehrkräften an den Schulen, in Bibliotheken sowie für Polizei und Rettungswesen erzielt werden. Die Vergütungen

der Krankenpflegekräfte werden - neben der linearen Erhöhung - über die sogenannte Pflegetabelle um 120 Euro angehoben.

Es ist nicht nur für Außenstehende - sondern selbst für interessierte KollegInnen - kaum nachvollziehbar, was die Tarifrunde für den jeweiligen anderen Bereich "gebracht" hat. Wurden vor 20 Jahren noch Tariferhöhungen für alle Öffentlichen Dienste in gleicher Höhe erstritten, so sind immer mehr Bereiche privatisiert oder ausgegliedert worden. Alle kämpfen darum, auch noch die kleinste Differenz in den Arbeitsabläufen sich finanziell vergüten zu lassen. Die Diskussion sollte

wieder auf die Anerkennung der Gleichwertigkeit von Berufen gelenkt werden (z.B. von Ingenieurinnen und Architektinnen mit Erzieherinnen, Sozialpädagogen und Lehrkräften).

Massive Preissteigerungen in den Ballungsräumen von z.B. Mieten, Energie- und Fahrpreisen senken die Gehälter der städtischen Beschäftigten immer weiter ab. In den Randgemeinden Hamburgs werden höhere Gehälter gezahlt und die Arbeitsbedingungen sind oft nicht so stressig. Schon jetzt findet sich kaum Personal für die Kundenzentren, die Grundsicherungsämter und Jobcenter.

In den nächsten Jahren werden vermehrt KollegInnen in Rente gehen, die bereits zu Beginn der 80'iger Jahre eingestellt wurden und die - trotz der Technologieaufrüstung der Öffentlichen Dienste seit Mitte der 90'er Jahre - immer noch "durchhalten". Der Hamburger Arbeitgeber (Finanzsenator Dressel) ist gefordert, die Arbeitsbedingungen in allen Bereichen des Hamburger Öffentlichen Dienstes so zu verbessern, dass aus dem "Überleben am Arbeitsplatz" ein wirkliches "wir arbeiten gerne bei ..." wird. Verhandlungen mit den Gewerkschaften über eine finanzielle Aufwertung durch Zahlung einer Ballungsraumzulage oder einem vergünstigten Jobticket sind eine Möglichkeit und sollten umgehend aufgenommen werden.

Verena Brachvogel

150.000 Wohnungen fehlen in Hamburg. Steigende Mieten für viele nicht mehr bezahlbar.

Auch in Wilhelmsburg erleben wir in den letzten Jahren einen rasanten Anstieg der Mieten. Der durchschnittliche Quadratmeterpreis einer Wohnung auf der Elbinsel liegt inzwischen bei € 10,86 kalt. Hinzu kommen die ebenfalls rasant gestiegenen Mietnebenkosten. Nicht selten müssen Haushalte in Wilhelmsburg 40% und mehr ihres Einkommens für Mieten ausgeben. Besonders hart trifft dies Haushalte mit niedrigen oder mittleren Einkommen.

Mieten machen Arm. Dieser Satz wird für immer mehr Menschen auf der Elbinsel bittere Realität. Um der weiteren Mietpreisexplosion einen Riegel vor zu schieben hatte *DIE LINKE* in der Hamburger Bürgerschaft die Deckelung von Mieten gefordert, erntete dafür aber von allen anderen Parteien nur Hohn und Spott.

Die Miete steigt und steigt, das Einkommen aber nicht. Inzwischen haben rund 368.000 Haushalte in Hamburg so wenig Einkommen, dass sie Anspruch auf eine Sozialwohnung haben. Aktuell gibt es aber nur noch ca. 80.000 solcher Wohnungen in Hamburg.

Und was macht der Hamburger Senat aus Sozialdemokraten und Grünen dagegen?

Offensichtlich zu wenig. Lediglich 2466 Sozialwohnungen wurden 2018 fertiggestellt und die Zahl der Bewilligungen im geförderten Wohnungsbau war 2018 rückläufig (3.001 Wohneinheiten gegenüber 3.165 Wohneinheiten 2017).

Und offensichtlich das Falsche. Bei fast allen Wohnungsbauprojekten in Hamburg beharren



SPD und GRÜNE auf einen Anteil von 70 Prozent teuren -am realen Bedarf vorbei geplanten- freifinanzierten Wohnungen. So auch in Wilhelmsburg (siehe Schaukasten).

Für die Mehrzahl der WilhelmsburgerInnen werden diese Wohnungen unerschwinglich sein. Eine der zentralen Forderungen *Der LINKEN* lautet deshalb:

Realisierung von mindestens 50 Prozent Sozialwohnungen bei allen neuen Wohnungsbauprojekten.

Bei Wohnungsbauprojekten auf Flächen der Stadt oder ihrer Unternehmen 100 Prozent Sozialwohnungen. Die Sozialbindung dieser Wohnungen muss dauerhaft sein.

Um ausreichend bedarfsgerechten, bezahlbaren und ökologischen Wohnungsbau dauerhaft zu gewährleisten wird man jedoch nicht umhinkommen, einen komplett öffentlich finanzierten Wohnungsbau in kommunalem Eigentum zu fordern und zu realisieren. Weil öffentliche Aufgaben in öffentliche Hand gehören und damit eine Bereicherung privater Akteure ausgeschlossen bleibt.

Jürgen Olschok

Wohnungsbauprojekt	Wohneinheiten	Davon öffentlich gefördert
WB 10 Neues Korallusviertel	470	94
WB 16 Elbinselquartier Nord & Süd	2.100	750
WB 17 Neues Rathausviertel	1.200	435
WB 18 Spreehafenviertel	1.000	300
WB 27 Harburger Chaussee	140	42

Vgl.: Bezirkliches Wohnungsbauprogramm Hamburg-Mitte2018

Foto oben: Wohnungsbau Vogelhüttendeich. Jürgen Olschok

Aufruf zum Hamburger Ostermarsch

Ostermontag, 22.4., 12 Uhr, Sankt-Georgs-Kirchhof

Abrüsten statt aufrüsten - Atomwaffen abschaffen - Entspannungspolitik jetzt

Deutsche Soldaten sind in Afghanistan, Mali und vielen anderen Ländern im Kriegseinsatz. Mit deutschen Waffen wird in aller Welt getötet. Deutschland ist beim Rüstungsexport weltweit ganz vorn mit dabei. Der Bundesregierung ist all dies noch nicht genug – sie will „mehr Verantwortung“ für Deutschland: Das bedeutet noch mehr Kriegsbeteiligungen. Der Militärhaushalt soll dafür in den nächsten Jahren stark erhöht werden, allein in diesem Jahr um 4,7 Milliarden Euro. Zugleich betreibt die Bundesregierung die Militarisierung der Europäischen Union, beteiligt sich am NATO-Aufmarsch an der Grenze zu Russland und stockt die Truppen in Auslandseinsätzen auf. Der Parlamentsvorbehalt wird schrittweise ausgehöhlt.

Wir fordern Abrüstung statt Aufrüstung!

Die Mittel werden für Bildung und Soziales, Klimaschutz und Energiewende und für vieles andere gebraucht. Statt Tod und Zerstörung durch fortschreitende Militarisierung brauchen wir eine Wende hin zu sozialem und ökologischem Fortschritt. Waffenexporte und Militäreinsätze müssen beendet werden.

Die Atomwaffenstaaten entwickeln neue Nuklearwaffen. Bestehende Abrüstungsverträge wurden und werden gekündigt oder missachtet, wie der INF-Vertrag, mit dem die USA und Russland 1988 auf den Besitz von landgestützten Mittelstreckenraketen verzichtet hatten. Der Aufbau eines amerikanischen Raketenabwehrschirms in Osteuropa erhöht die Gefahr eines Atomkrieges, denn im Rahmen der militärischen Logik bedroht er Russlands Zweitschlagsfähigkeit und treibt das Wettrüsten voran. Europa droht zum atomaren Schlachtfeld zu werden. In Büchel, Rheinland-Pfalz, lagern immer noch US-Atomwaffen, und die Bundesregierung tut nichts, den 2010 einstimmig im Bundestag gefassten Beschluss umzusetzen, dass die Bomben abgezogen werden sollen. Sie beteiligt sich an der Atomkriegsplanung der NATO und militärische Eliten fordern gar eine deutsche Atombombe.

Wir fordern die Verschrottung aller Atomwaffen!

Deutschland muss dem in der UNO beschlossenen Atomwaffenverbotsvertrag beitreten. Dazu muss die Bundesregierung die sogenannte nukleare Teilhabe aufkündigen. Die Bundeswehr muss die Übungen für den Einsatz der hier lagernden Atomwaffen unverzüglich einstellen.

Vor allem die USA, aber auch Großbritannien und Israel sowie andere Länder setzen Drohnen in ihren Kriegen ein. Drohnenangriffe führen zu vielen zivilen Opfern. Weltweit wird an autonomen Waffen geforscht, die ohne menschliche Beteiligung das Töten noch effizienter machen sollen. Die Bundesregierung wird ebenfalls waffenfähige Drohnen für die Bundeswehr beschaffen und treibt die Entwicklung eigener europäischer Systeme voran. Die Bundeswehr unterhält eine Einheit für die Cyberkriegführung und entwickelt entsprechende Waffensysteme.

Wir fordern das Verbot von Killerrobotern!

Namhafte Vertreter der IT-Branche warnen international vor der Entwicklung autonomer Waffensysteme. Noch kann ein völliges Verbot solcher Waffen ein unkontrolliertes Wettrüsten in diesem Bereich und die daraus resultierenden unkalkulierbaren Folgen verhindern, so wie es mit der internationalen Ächtung von biologischen und chemischen Waffen gelang.

Die Militarisierung der Außenpolitik muss gestoppt werden. Nur dann lassen sich die globalen Probleme – Hunger, Armut, soziale Ungleichheit, Klimawandel und Umweltzerstörung – lösen und die aus ihnen resultierenden Folgen – wie jährlich drei Millionen verhungerte Kinder und die weltweit wachsenden Flüchtlingszahlen – vermeiden. Nur dann sind genügend Mittel vorhanden für eine Wende hin zu demokratischem Fortschritt. Als erster Schritt muss die Bedrohungspolitik gegenüber Russland und China beendet werden.

Wir fordern: Entspannungspolitik jetzt!

Dafür werden wir aktiv und beteiligen uns am Ostermarsch.

STADT FÜR ALLE!

Auftakt für eine Versammlung der Stadtteile: Austauschen – Vernetzen – Gestalten
7. April 2019, 14 – 18 Uhr, Bürgerhaus Wilhelmsburg*

Es gärt in den Hamburger Stadtteilen. In Wilhelmsburg und Steilshoop, auf St. Pauli und auf der Veddel, in Altona, Winterhude, Eimsbüttel, Eppendorf und vielen anderen Orten sind Menschen aktiv. Gemeinsam wehren sie sich gegen explodierende Mieten und den Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Das Menschenrecht auf Wohnen wird immer mehr zur Handelsware. Wer wenig Geld hat oder eine dunkle Hautfarbe, wer erwerbslos ist oder gar obdachlos, hat kaum eine Chance auf eine angemessene Wohnung. Auch die städtische Infrastruktur ist von dieser Entwicklung betroffen: Grünflächen und Kleingärten werden zugebaut mit teuren Luxuswohnungen, Schwimmbäder und Postfilialen werden geschlossen, der Altonaer Fernbahnhof soll in ein Gewerbegebiet verlagert werden. Kleine Gewerbebetriebe, die auf kostengünstige Betriebsräume angewiesen sind, verlieren durch Bodenspekulation ihre Existenzgrundlage. Kreuzfahrtschiffe und Straßenverkehr belasten die Gesundheit. Städtischer Grund und Boden wird an PrivatinvestorInnen verkauft. „BürgerInnenbeteiligung“ findet nur scheinbar statt, im Konfliktfall entscheidet der Senat.



Was also tun???

Am **Sonntag, 7. April 2019**, wollen wir uns von **14-18 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg*** treffen. Eingeladen seid Ihr als VertreterInnen von Initiativen aus allen Hamburger Stadtteilen, die sich für eine sozial gerechte Stadtentwicklung einsetzen. Wir schlagen vor, über folgende Punkte zu beraten:

- Was ist nötig für eine sozial gerechte Stadtentwicklung, wo gibt es positive Beispiele?
- Wo haben wir gemeinsame Ziele?
- Wie können wir unsere Ziele gegen politische und wirtschaftliche Macht durchsetzen?
- Wo sehen wir mögliche Verbündete, wer sind unsere GegnerInnen?
- Wie können wir unsere Vernetzung organisieren?
- Welche Aktionsformen können uns nützen?
- Wie können wir die Instrumente der Volksgesetzgebung (Bürgerbegehren/Bürgerentscheid, Volksinitiative/Volksentscheid) für uns nutzen?
- ... ? (hier können Eure Themenvorschläge stehen)

Am Ende sollen konkrete Verabredungen stehen, wie wir uns vernetzen und gemeinsam aktiv werden. Leitet diesen Aufruf bitte weiter an Euch bekannte Initiativen.

Wir haben im Bürgerhaus nur einen Raum für 30-40 Personen. Deshalb ist eine verbindliche Anmeldung erforderlich: einestadtforallde@gmx.de

Übrigens, save the date: **MietenMove am 04. Mai 2019!**

Verantwortlich für die Raumanmeldung: Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V., 21107 Hamburg, info@zukunft-elbinsel.de

Termine in (und für) Mitte

Freitag, 08.03. ganztägig:

Frauenstreiktag

u.a. 17 Uhr Pflegedemo ab AK St. Georg

Dienstag, 12.03., 18:30 Uhr

Treffen der BO Billstedt

Büro Billstedter Hauptstraße 76

(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

(neuer fester Termin: 2. Dienstag!)

Samstag, 16.03., 15:30 – 19:30 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung mit Wahlen

Kulturpalast Billstedt, Öjendorfer Weg 30a

Montag, 18.03., 19:00 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe W'burg/Veddel

Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 20.03., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde

Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 21.03., 17:30 Uhr

Bezirksversammlung (öffentlich)

Sitzungssaal Caffamacherreihe 1-3, 11.OG

Mittwoch, 27.03., 18:30 Uhr

Mehr Geld für die Mehrheit ...

mit Fabio de Masi, Mehmet Yildiz ...S. S. 3

Kulturpalast Billstedt, Öjendorfer Weg 30a

Sonntag, 31.3., 11 Uhr

Rotes Frühstück (s. S. 2)

Büro, Borgfelder Straße 83

April

Montag, 01.04., 16:30 Uhr

Treffen der AG SeniorInnenpolitik

Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Montag, 01.04., 19:00 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe W'burg/Veddel

Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 03.04. 19:00 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg

GW, Hansaplatz 9

Dienstag, 09.04., 18:30 Uhr

Treffen der BO Billstedt

Büro Billstedter Hauptstraße 76

(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Montag, 15.04., 19:00 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe W'burg/Veddel

Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 17.04., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde

Büro Borgfelder Straße 83

Die Finkenlinke trifft sich nach Absprache.

Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck

fremdes@gmx.de

Regelmäßig Montag und Donnerstag, jeweils von 13 bis 15 Uhr:

Sozialberatung im Abgeordnetenbüro Mehmet Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Marvin Deutschländer		
Alexander Götz (Schatzmeister)		
Theresa Jakob		
Eva Rosanski		
Antje Schellner		
Marinus J. Stehmeier		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX